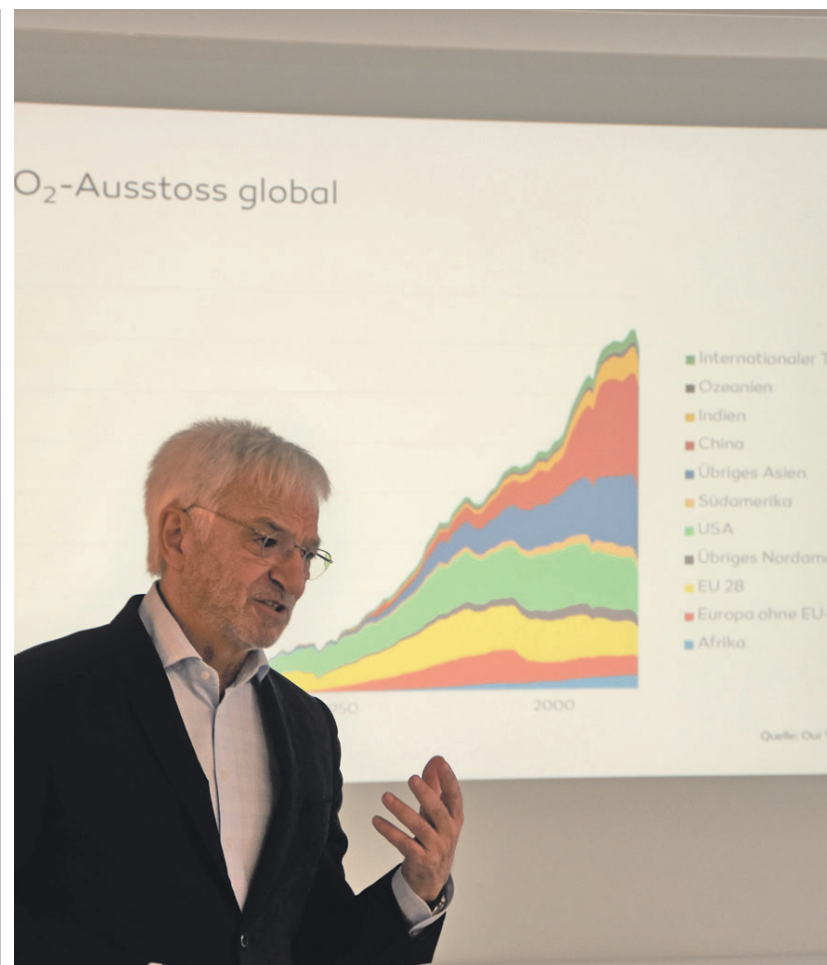




Peter Eisenhut (ganz oben) und Thomas Lorenz stellten am Donnerstag die Ergebnisse der Studie Studie der Stiftung Zukunft.li vor. (Fotos: Michael Wanger)

Wirtschaftswachstum muss nicht mit einem Zielkonflikt enden

Studie Wachstum, Umwelt und Lebensqualität stehen in einer Beziehung zueinander, die sich nur schwer aufbrechen lässt. Mit einer durchdachten Wirtschaftspolitik gibt es aber einen Mittelweg. Dies zeigt eine Studie der Stiftung Zukunft.li.

VON MICHAEL WANGER

Liechtenstein hat sich innerhalb weniger Jahrzehnte von einem armen Bauernstaat zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt gemauert. Es ist somit ein Paradebeispiel für Wirtschaftswachstum. Und es scheint, als wären diesem Wachstum keine Grenzen gesetzt. Oder etwa doch? Mit dieser Frage beschäftigt sich die Stiftung Zukunft.li in einer neuen Studie. Die wichtigsten Erkenntnisse stellten Geschäftsführer Thomas Lorenz und Stiftungsratspräsident Peter Eisenhut am Donnerstag vor.

In der Wirtschaftspolitik stehen Wachstum, Umwelt und Lebensqualität in einer Dreiecksbeziehung zueinander. Das heisst, dass ein Land nicht eines der Ziele verfolgen kann,

ter Linie dem technischen und wirtschaftlichen Fortschritt zu verdanken. Was bedeutet das also für die Zukunft?

Mehr Effizienz statt Wachstum

Die Stiftung Zukunft.li kommt in ihrer rund 160 Seiten starken Studie zum Schluss, dass ein steigendes Bruttoinlandsprodukt respektive Bruttonationaleinkommen nur bis zu einem gewissen Punkt zu einer höheren Lebensqualität beiträgt. «Wenn das nicht mehr der Fall ist, wird es unökonomisch», sagte Eisenhut. Zwar wächst die heimische Wirtschaft nach wie vor, doch die Kurve ist seit der Jahrtausendwende stark abgeflacht. Die Produktivität ist in dieser Zeit sogar gesunken. Wenn das Land aus wirtschaftlicher Sicht also weiter wachsen will, müsse es die Erwerbstätigenquote erhöhen. Konkret bedeutet das, weitere Grenzgänger anzuwerben – die bereits heute das Rückgrat der Liechtensteiner Wirtschaft bilden – und die Arbeitswelt attraktiver zu machen. So zum Beispiel in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, denn laut Thomas Lorenz arbeiten noch viele Frauen in einem Teilzeit-Pensum. Zusammengefasst müsse die Regierung also die bestehenden Rahmenbedingungen ver-

bessern. Diesbezüglich sei das Land aber schon auf einem guten Weg – immerhin strebt die Regierung eine nachhaltigere Wirtschaft an.

Bei der Nachhaltigkeit kommt der Klima- und Umweltschutz ins Spiel. Hier seien konkrete Massnahmen schon schwieriger zu treffen. Nicht etwa, weil es keine gibt, sondern weil ein einzelnes Land keine Wirkung erkennt – vor allem ein Zwergstaat wie Liechtenstein. Die Treibhausgas-Emissionen des Landes fallen im internationalen Vergleich nicht ins Gewicht. Zur Veranschaulichung: Der CO₂-Fussabdruck Liechtensteins ist markant kleiner als der eines einzigen Kohlekraftwerks. Beim Klimaschutz handelt es sich laut Eisenhut deshalb um eine «globale Herkulesaufgabe».

Dies soll aber nicht heissen, dass Liechtenstein keine Massnahmen treffen muss – im Gegenteil. «Das Land kann mit gutem Beispiel vorangehen», findet Eisenhut. Ein erster Schritt sei, die Emissionen im Ausland zu senken. Zum CO₂-Fussabdruck zählen nämlich auch Emissionen, die durch Import und ausgelagerte Produktionsstandorte entstehen. Zwar sieht die Klimastrategie in diesem Bereich Einsparungen vor, doch für Eisenhut reichen diese nicht aus: «Die Definition eines maximalen

Auslandsanteils von 10 Prozent am gesamten Reduktionsziel von 50 Prozent bis 2030 schränkt die Effizienz der eingesetzten Mittel unnötig ein.»

Nationale und globale Lösungen

Die Studie beweist, dass es in der Dreiecksbeziehung zwischen Wachstum, Umwelt und Lebensqualität nicht zwingend zum Zielkonflikt kommt. Das von der Stiftung.li in den Raum gestellte «Trilemma» stimmt also nur bedingt. Allerdings kommt es darauf an, ob man die Faktoren auf nationaler oder auf internationaler Ebene betrachtet. So ist ein Wirtschaftswachstum auf globaler Ebene beispielsweise unerlässlich, um die Armut weiter zu schmälern, während es auf nationaler Ebene inzwischen nicht mehr zu einer höheren Lebensqualität beitragen würde. Dasselbe auch beim Klimaschutz: So bräuchte es internationale Kompensationsabkommen oder eine flächendeckende CO₂-Steuer (die es bislang nur in wenigen Ländern gibt), während jede Nation seine eigenen Emissionen im In- und Ausland senken kann. Für Liechtenstein empfiehlt die Stiftung Zukunft.li eine Wirtschaftspolitik, die Lebensqualität als eigenes Ziel verfolgt. Dafür bräuchte es Indikatoren, die als Massstab dienen.

ANZEIGE

Jetzt anmelden unter
volksblatt.li/newsletter